

# Zwischenevaluation des Programms „Soziale Stadt“ in Mecklenburg – Vorpommern

Ansvera Scharenberg

## 1 Allgemeines zur Einführung

### *Das Förderprogramm „Soziale Stadt“ in der Durchführung*

Die Förderkonzeption des seit 1999 laufenden Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ zielt auf eine quartiersorientierte soziale Stadtentwicklung und einen konzentrierten Einsatz von Ressourcen in stark belasteten Stadtquartieren, die aufgrund mehrfacher Problemlagen (baulich-städtebaulich, ökonomisch, soziokulturell und ökologisch) in eine schwierige soziale Dynamik geraten sind, aus der sie ohne Hilfe von außen, aber auch ohne Mobilisierung eigener Kräfte nicht herauskommen.

Aufgrund seiner Siedlungsstruktur treten diese Problemfelder vor allem in den kreisfreien Städten des Landes Mecklenburg-Vorpommern auf. In gemeinsamer Entscheidung des Landes und der sechs kreisfreien Städte wurden folgende Städte und Stadtteile in das Förderprogramm aufgenommen:

Hansestadt Greifswald	Fleischervorstadt (Gründerzeitquartier)  Schönwalde II (Plattenbaugebiet)
Neubrandenburg	Ihlenfelder Vorstadt (im Wesentlichen ein Wohn- und Mischgebiet mit Gründerzeitbebauung sowie Bebauungsergänzung aus den 1920er und 30er Jahren und Nachverdichtung mit bis zu sechsgeschossigen Plattenbauten)
Hansestadt Rostock	Groß Klein (Plattenbaugebiet) Schmarl (Plattenbaugebiet)
Landeshauptstadt Schwerin	Feldstadt (Gründerzeitquartier)  Neu Zippendorf/Mueßer Holz (Plattenbaugebiet)
Hansestadt Stralsund	Grünhufe (Plattenbaugebiet)
Hansestadt Wismar	Altstadt (Historische Innenstadt).

Die Gebietsauswahl erfolgte dabei auf Basis der vorliegenden, fundierten Unterlagen zur klassischen Städtebauförderung und der vorhandenen Ortskenntnis.

Alle diese Gebiete nehmen auch an einem der weiteren Städtebauförderungsprogramme teil. So werden die Fleischervorstadt der Hansestadt Greifswald, die Schweriner Feldstadt sowie die Altstadt der Hansestadt Wismar zur Erreichung der Ziele der Stadtsanierung seit 1991 durch die Städtebauförderung finanziell unterstützt. Die Plattenbaugebiete wurden durch das 1993 aufgelegte und als landeseigenes Programm weitergeführte Wohnumfeldprogramm bis 2002 gefördert und wurden dann in das Programm Stadtumbau Ost – Aufwertung aufgenommen. Die Ihlenfelder Vorstadt in Neubrandenburg ist Teil des URBAN-Gebietes und wird zudem zusätzlich aus dem Stadtumbau Ost-Programm – Aufwertung bezuschusst.

Bei der Umsetzung der Ziele der Stadtentwicklung ist die finanzielle Unterstützung aus mehreren Städtebauförderungsprogrammen äußerst hilfreich. Die zusätzliche Förderung aus dem Programm „Soziale Stadt“, die über den rein baulich-städtebaulichen Ansatz hinausgeht, erweist sich aufgrund der besonders schwierigen Problemlagen als richtige Lösungsstrategie zur umfassenden ganzheitlichen Aufwertung und Umsetzung der Entwicklungsziele.

Der entscheidende Erfolgsfaktor dieses Programms ist die Mittelbündelung. Dieser integrative Ansatz, das grundlegend Neue an diesem Programm, bedeutet, dass investive und nicht-investive Maßnahmen miteinander gekoppelt werden.

Die Koordinierung der Bündelung der verschiedenen Fördermöglichkeiten auf Landesebene nimmt eine Interministerielle Arbeitsgruppe (IMAG) unter Federführung des Ministeriums für Arbeit, Bau und Landesentwicklung wahr. In der Arbeitsgruppe arbeiten die Vertreter der für das Förderprogramm relevanten Ministerien sowie des Städte- und Gemeindetages und des Verbandes norddeutscher Wohnungsunternehmen mit. Unter ihrer Mitwirkung

*„Die Menschen machen die Stadt, nicht die Mauern“, so ein chinesisches Sprichwort. Die „Soziale Stadt“ gibt den Einwohnern entwicklungsbedürftiger Stadtteile und diesen selbst eine Chance.*

Ansvera Scharenberg  
Ministerium für Arbeit, Bau und  
Landesentwicklung  
Mecklenburg-Vorpommern  
Schlossstraße 6–8  
19053 Schwerin  
E-Mail: ansvera.Scharenberg@  
am.mv-regierung.de

wurde eine Arbeitshilfe erarbeitet, die sämtliche für das Programm „Soziale Stadt“ relevanten Förderprogramme enthält.

Alle Programmstädte haben ein Quartiersmanagement eingerichtet. Die Quartiersmanager werden aus dem Programm gefördert und arbeiten in Stadtteilbüros vor Ort. Ihre Tätigkeit konzentriert sich insbesondere auf die Moderation; sie sind also Organisatoren, die sich der Probleme im Stadtteil annehmen, die Interessen des Quartiers vertreten und das Zusammenwirken der verschiedenen Akteure vor Ort gestalten. Dabei hat sich gezeigt, dass das Quartiersmanagement Dreh- und Angelpunkt der lokalen Arbeit ist. Der Quartiersmanager ist der maßgebliche Akteur der Bewohneraktivierung und trägt zur Schaffung einer lokalen Identität bei.

Die Quartiersmanager haben sich zu einem Netzwerk zusammengeschlossen und treffen sich je nach Bedarf, in der Regel zwei mal jährlich zu einem Erfahrungsaustausch und zur Problemdiskussion unter Beteiligung des Landes. Aktuell werden die Rolle und die Möglichkeiten des Quartiersmanagements unter wissenschaftlicher Begleitung der Fachhochschule Neubrandenburg herausgearbeitet.

In den Stadtteilen wurde ein Verfügungsfonds eingerichtet, mit dem schnell, unbürokratisch und in lokaler Verantwortung kleinere Maßnahmen realisiert werden können. Durch diesen Fonds wird die Bereitschaft der Bewohner zur Mitwirkung an den Projekten erheblich verbessert und die Eigeninitiative angestoßen. Das Land hat den Kommunen „Leitlinien für den Einsatz von Verfügungsfonds“ an die Hand gegeben, die die Einsatzmöglichkeiten aufzeigen und gleichzeitig Spielraum für eine flexible Gestaltung lassen.

Das Programm „Soziale Stadt“ wird durch die Städte sehr gut angenommen; das zeigen die vielen realisierten Projekte im zurückliegenden Förderzeitraum. Viele Bewohner in den Quartieren, viele Vereine und Institutionen sowie Wohnungsunternehmen haben sich an den Projekten wirkungsvoll beteiligt und konnten z.B. ihre Ideen zur Realisierung von Nachbarschaftstreffs oder zur Gestaltung ihres Wohnumfeldes einbringen.

Das Land hat einen Werkstattbericht zu diesem Programm herausgegeben, der die vielfältigen Aktivitäten vor Ort veranschaulicht und einen exemplarischen Überblick über durchgeführte Projekte liefert. Diese Präsentation erster Erfolge und Erfahrungen soll zum Weitermachen und Nachmachen anregen.

Die Kommunen haben für ihre an dem Programm beteiligten Stadtgebiete Integrierte Handlungskonzepte erarbeitet, die Aussagen über Planung, Umsetzung, Kosten und Finanzierung der notwendigen Maßnahmen zur Lösung der komplexen Probleme enthalten. Sie werden fortlaufend mit dem Integrierten Stadtentwicklungskonzept der Gesamtstadt abgestimmt, das sich in den Städten aufgrund der sich im Stadumbauprozess rasch vollziehenden Veränderungen in ständiger Fortschreibung befindet.

#### *Vorbereitungsphase der Evaluation*

Nach einer ersten Durchführungsphase des Förderprogramms wurden die in das Programm „Soziale Stadt“ aufgenommenen Städte im April 2003 gebeten, erste Wirkungen des Programms zu analysieren und festzustellen, ob sich die unverändert hohen Erwartungen an das Programm erfüllen bzw. die erwarteten Effekte der Quartiersentwicklung eintreten. Ziel war es, eine Zwischenevaluation des von experimentellem und pragmatischem Charakter geprägten Programms auf Stadtteilebene im Vergleich zur Gesamtstadt durchzuführen, um zur Qualitätsentwicklung von quartiersbezogenen Erneuerungs- und Entwicklungsstrategien beizutragen.

Die Evaluation wurde als Vergleich zwischen formulierten Zielen und den Maßnahmen zu ihrer Erreichung über die empirisch beobachteten Ergebnisse definiert. Dabei war sowohl dem Land als auch den Kommunen klar, dass nachhaltige Wirkungen erst nach einer längeren Programmlaufzeit sichtbar und feststellbar sein können. Gleichwohl wird es als erforderlich angesehen, bereits in der ersten Phase der Programmdurchführung die formulierten Ziele auf den Prüfstand zu stellen und zu prüfen, inwieweit sie erreicht wurden und ob dies durch die speziell dafür eingesetzten Maßnahmen geschehen ist.

Das Land hat den Kommunen eine Reihe von Untersuchungsthemen und -fragen benannt, die durch die Evaluation aufgegriffen werden sollten. Folgende Hauptkriterien wurden dabei formuliert:

- Eignung der Programmziele zur Problemlösung
- Umsetzung der Ressourcen (Finanzmittel, Engagement) in Ergebnisse
- Wirkung des Programms auf die speziellen Bedürfnisse des Quartiers
- Erwartung nachhaltiger Aussagen und Auswirkungen des Programms
- Schlussfolgerungen für weitere Entwicklung und Umsetzung von Politiken, Strategien und Projekten.

Im Rahmen einer Transferveranstaltung „InfoNetzwerk Soziale Stadt“ im Juni 2003 wurde beschlossen, eine gemeinsame Evaluation des Landes und der Programmstädte in Auftrag zu geben, um eine Vergleichbarkeit der Förderstandorte zu erreichen und umfassende Aussagen auf Landes- und Kommunalebene zu erhalten.

Zur Vorbereitung wurde eine Arbeitsgruppe „Evaluation Soziale Stadt“ eingerichtet, der jeweils ein Mitglied eines Förderstandortes und des Landes angehörte. Die Arbeitsgruppe bereitete den Ausschreibungstext vor und prüfte die eingegangenen Angebote. Den Zuschlag erhielt das Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes NRW (ILS) zusammen mit dem Sekretariat für Zukunftsforschung (SFZ).

---

## 2 Zwischenevaluation

---

### *Einführung*

Die Zwischenevaluation wird als ein entscheidender Aspekt im gesamten Verfahrensablauf von quartiersbezogenen Entwicklungsprogrammen gesehen. Daher wurden seitens des Landes ein prozessbegleitendes Monitoring und eine zweistufige Evaluation als feste Bestandteile der integrierten Handlungskonzepte gefordert. Nur durch eine Evaluation sind empirisch begründete Aussagen über die Wirksamkeit von Maßnahmen möglich; der Erfahrungsschatz wird akkumuliert und Fehler und Misserfolge können vermieden werden.

Der Vertrag zur landesweiten Zwischenevaluation mit dem ILS und dem SFZ wurde im Oktober 2003 geschlossen. Der Zeitraum der Evaluation betrug sieben Monate, bis Ende Mai 2004. Erste Ergebnisse wurden im Februar 2004 auf einer Präsentationsveranstaltung im Fördergebiet Rostock–Groß Klein vorgestellt; der Entwurf des Endberichtes lag Ende Mai 2004 vor. Seine Ergebnisse wurden auf einer zweiten Präsentationsveranstaltung im Juni 2004 vorgestellt und diskutiert, die im Fördergebiet Schwerin- Mueßer Holz stattfand und zu der auch die Mitglieder der IMAG geladen waren. Der Öffentlichkeit wurden die Ergebnisse der Zwischenevaluation im September 2004 präsentiert.

### *Methodik und Ziel der Evaluation*

Die Untersuchung basiert auf einem Methodenmix der empirischen Sozialforschung. Aufgrund der relativ kurzen Umsetzungsphase des Programms stand die Bewertung der Kohärenz der Ziele und Zielssysteme, der Organisations- und Kooperationsstrukturen sowie spezifischer Prozessqualitäten (z.B. Bewohnerbeteiligung) im Mittelpunkt der Bewertung, so dass im Wesentlichen diskursiv ausgerichtete qualitative Untersuchungsmethoden angewendet wurden:

Auf Landesebene und in den acht Programmgebieten wurden zu Beginn der Zwischenevaluation Steuerungsgespräche geführt. Die dadurch gewonnenen Informationen wurden durch Stadtteilbegehungen ergänzt.

In einem weiteren Arbeitsschritt wurden die durch das Land und die Kommunen umfangreich zur Verfügung gestellten Materialien ausgewertet.

Weitere Aufschlüsse brachte eine Fragebogenaktion, die sich an zentrale Akteure – Projektträger, öffentliche und private Institutionen und Vereine aus den Stadtteilen – richtete.

Sowohl auf Landesebene, hier mit Vertretern der IMAG, als auch in den acht Programmgebieten, hier mit beteiligten Projektträgern, Wohnungsunternehmen, Sanierungsträgern und Sprechern von Arbeitsgruppen, wurden Einzelinterviews geführt. Diese wurden in den Förderstand-

*Die Evaluierung begleitet den Umsetzungsprozess des Förderprogramms „Soziale Stadt“, analysiert Stärken und Schwächen und hilft, positive Wirkungen zu erreichen.*

orten durch Fokusgruppendifkussionen insbesondere mit Akteuren, wie dem Gebietszuständigen der Kommune, dem Sanierungsträger und dem Quartiersmanager, sowie durch Gruppendifkussionen mit den Bewohnern vertieft.

Ziel der Zwischenevaluation war es,

- Informationen über die Programmumsetzung und den -fortschritt zu erhalten,
- Lernprozesse anzuregen,
- Korrektur- und Optimierungsmöglichkeiten der Programmdurchführung aufzuzeigen,
- Wirkungen zu analysieren und
- weitergehende Evaluationsmaßnahmen zur systematischen Evaluation des Förderprogramms konzeptionell zu entwickeln.

#### *Programmumsetzung auf Ebene des Landes*

Die formulierten Ziele des Landes lehnen sich an die Ziele zum Programm „Soziale Stadt“ an, wie sie im Leitfaden der Gemeinschaftsinitiative der ARGEBAU niedergelegt sind:

- Verbesserung der Wohnverhältnisse und des Wohnumfeldes
- Verbesserung der sozialen Infrastruktur, insbesondere für junge Menschen
- Belebung der Stadtteilkultur und Erhöhung des Angebotes zur Freizeitgestaltung
- Maßnahmen zur Umweltentlastung
- Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit im Quartier
- Schaffung und Sicherung der Beschäftigung auf lokaler Ebene
- Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs.

Der Leitgedanke des Landes dabei ist, dass positive Veränderungen der Bausubstanz, der sozialen Zustände und der lokalen Ökonomie des Fördergebietes auch zu positiven Veränderungen in anderen Bereichen führen wird.

Der größte Teil der Fördermittel fließt in Bau- und Ordnungsmaßnahmen – z.B. die Sanierung oder Errichtung von Kindertageseinrichtungen, Jugendclubs oder Nachbarschaftstreffs – und die Wohnumfeldverbesserung, wie z.B. das Anlegen von Wohngebietsparks, die Umgestaltung von Schulhöfen, die Schaffung von Spielplätzen und Freizeitanlagen.

Die Veränderung der physischen Dimension ist von entscheidender Bedeutung, weil sich durch die Baumaßnahmen das Gesicht des Quartiers verändert. Die Bewohner erkennen, dass das Gebiet, in dem sie wohnen, in der Stadt eine Bedeutung hat.

Ein ganz wesentlicher Aspekt dabei ist auch, dass die Bewohner über die Baumaßnahmen aktiv miteinbezogen werden können. Durch die Bürgerbeteiligung bietet sich hier für die Bewohner die Möglichkeit, untereinander und mit öffentlichen Akteuren zusammenzutreffen, etwa Vertretern der Stadt und lokaler Institutionen. So kann das Entstehen einer lokalen Identität unterstützt und die Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls bewirkt werden. Einerseits wird also eine bauliche Aufwertung des Gebietes erreicht, die andererseits, bei intensiver Aktivierung der Bewohner, zu positiven sozialen Auswirkungen führt.

Der Zwischenevaluationsbericht kommt zu folgendem Ergebnis:

- Mit der beschriebenen Zielsetzung und dem Anspruch, verschiedene Politikfelder zu verknüpfen sowie Aufgaben und Förderprogramme zu integrieren, nimmt das Ministerium zentrale Gedanken des Bund-Länder-Programms auf und entspricht damit dem Leitfaden der ARGEBAU zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsaufgabe. Auch spiegeln die angegebenen Ziele den ganzheitlichen Ansatz des Bund-Länder-Programms wider. Der offene Rahmen erlaubt demzufolge, auf die individuellen Problemlagen in den Programmgebieten flexibel zu reagieren.

• Die Gebietskategorien entsprechen formal den Gebietskategorien des Leitfadens zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“ der ARGEBAU. Aus Sicht der Evaluation ist der Spagat zwischen den Förderbedürfnissen vieler Kommunen und der notwendigen Konzentration der Förderung auf wenige ausgewählte Kommunen gelungen.

• Das Ministerium vertraute bei der Gebietsauswahl auf die größere Kenntnis der lokalen Bedingungen bei den Kommunen. Das Verfahren ist aus Sicht der Evaluation plausibel und die enge Zusammenarbeit mit den Kommunen bei der Auswahl der Programmgebiete eine entscheidende Voraussetzung, damit die Fördermittel die

Stadtteile erreichen, die einer Förderung bedürfen und vor Ort eine nachhaltige Wirkung erzielen.

- Als Vorgaben des Landes zur Programmumsetzung gelten der Leitfaden zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative der ARGEBAU sowie die Städtebauförderungsrichtlinien und die Richtlinien zur Wohnumfeldverbesserung. Darüber hinaus wurden spezielle Vorgaben per Erlass geregelt, wie die Einrichtung eines Verfügungsfonds, die Förderung eines Quartiersmanagers, die Aufstellung integrierter Handlungskonzepte und die Durchführung der Evaluation.

Mit den Erlassen des Ministeriums ist es gelungen, weitere sinnvolle Aspekte der Programmumsetzung zu ermöglichen und den Kommunen einen notwendigen Rahmen für die weitere Arbeit vorzugeben. Zu betonen ist, dass die Kommunen dazu angehalten werden, aussagekräftige integrierte Handlungskonzepte zu entwickeln und diese fortzuschreiben.

- Mit der Einrichtung der Interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG) ist eine geeignete Organisationsform für den koordinierten und gebündelten Einsatz der bestehenden Förderprogramme in den Programmgebieten der „Sozialen Stadt“ geschaffen worden. Dennoch ist, wie auch in der IMAG festgestellt, die Bündelung aller vorhandenen finanziellen Ressourcen innerhalb der Programmgebiete unzureichend. Die Projekte des Sozialen Stadt-Programms werden vorwiegend aus Mitteln der Städtebauförderung finanziert.
- Die Kooperation mit dem Land wird durch die beteiligten Kommunen als sehr positiv wahrgenommen. Neben persönlichen Gesprächen, z.B. zur Weiterentwicklung der integrierten Handlungskonzepte, wurden mehrere Transferveranstaltungen durchgeführt, oft verbunden mit themenspezifischen Informationen über andere Förderprogramme. Die Netzwerktreffen der Quartiersmanager werden durch das Land begleitet und ermöglichen einen direkten Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer.

Zu den Feststellungen der Zwischenevaluation auf Landesebene ist Folgendes anzumerken:

- Verfügungsfonds  
Der Verfügungsfonds, der 2001 per Erlass in Höhe von 10 000 € eingerichtet wurde, und die Installation und Förderung des Quartiersmanagements werden als die wichtigsten das Programm befördernde Elemente herausgestellt. Im Rahmen der Präsentation der ersten Ergebnisse der Zwischenevaluation wurde deutlich, dass er eine erhebliche Bedeutung bei der Umsetzung der Ziele des Förderprogramms „Soziale Stadt“ hat. Durch ihn werden die Bürgeraktivierung erreicht, nachbarschaftliche Kontakte aufgebaut und das soziale Umfeld gestärkt.

Die Erfahrungen der Akteure vor Ort zeigen, dass die Mittelausstattung des Fonds nicht ausreicht, um die von Bürgern an die Stadt herangetragenen Projekte zu realisieren. Die Evaluation hat angeregt, die Mittel zu erhöhen. Im März 2004 wurde er auf den Betrag von 20 000 € verdoppelt.

- Quartiersmanagement  
Ebenfalls in Auswertung der ersten Ergebnisse der Zwischenevaluation wurde deutlich, dass das Quartiersmanagement eine besondere Bedeutung für das Fördergebiet und für die Umsetzung der Ziele des Förderprogramms hat.

Das Quartiersmanagement hat sehr vielfältige Aufgaben wahrzunehmen. Dabei haben die Erfahrungen der vergangenen Jahre seit seinem Aufbau, bestätigt durch die Aussagen der Zwischenevaluation, gezeigt, dass seine personelle Aufstockung notwendig ist. Die Förderung einer weiteren Stelle, damit für zwei Personen, aus dem Programm „Soziale Stadt“ wurde im März 2004 geregelt.

- Arbeit der IMAG  
Die Arbeit der IMAG wurde intensiviert. Auf der letzten Tagung der Arbeitsgruppe im April 2004 wurde die Finanzierung konkreter Projekte und Projektideen besprochen. Die Ergebnisse wurden auf einer anschließenden Transferveranstaltung mit den Verantwortlichen der Programmgebiete ausgewertet. Die Arbeit der IMAG an konkreten Projekten erweist sich als sehr konstruktiv und hilfreich bei der Umsetzung der Programmziele.

- Integrierte Handlungskonzepte  
Die Integrierten Handlungskonzepte wurden durch alle Kommunen erarbeitet und durch das Land begutachtet. Soweit erforderlich, wurden die Konzepte überarbeitet bzw. befinden sich in der Fortschreibung.

#### *Programmumsetzung auf Ebene der Kommunen*

Die Ergebnisse der einzelnen Programmgebiete werden hier nicht detailliert geschildert, sondern in allgemein gültigen Aussagen zusammengefasst.

Die in das Programm „Soziale Stadt“ aufgenommenen Gebiete können in zwei Kategorien von Gebietstypen eingeteilt werden. Zum einen sind es in industrieller Fertigbauweise errichtete Großwohnsiedlungen aus der Zeit von 1960 bis 1980 mit überwiegender Wohn- und Versorgungsfunktion, zum anderen handelt es sich um innenstadtnahe Gründerzeitviertel bzw. die Innenstadt selbst mit historischer Bausubstanz.

Diese beiden Gebietstypen weisen unterschiedliche Problemlagen und Potenziale auf. Besonders die Großwohnsiedlungen sind von Bevölkerungsrückgang und Wohnungsleerstand betroffen. Der Abwanderungs- und Segregationsprozess in diesen Gebieten wird sich nach den Prognosen des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts auch in den kommenden Jahren fortsetzen. Diese Problemsituation, die Auswirkungen auf das gesamte Quartiersgefüge hat, beeinträchtigt auch eine ungehinderte Umsetzung der spezifischen Programmziele der „Sozialen Stadt“. Die Zielformulierung verlangt eine ständige Anpassung an die sich verändernden Bedingungen. So sind Fragen zur zukünftigen Bevölkerungsstruktur zu beantworten, um die Art und Größe von Gemeinbedarfseinrichtungen planen zu können, z.B. wie viele Kindergärten, Schulen, Jugendtreffs oder Seniorenbüros in dem Gebiet benötigt werden.

Gekoppelt mit den Stadtumbau-Ost-Programmen „Rückbau“ und „Aufwertung“ erfahren Großwohnsiedlungen eine sich über mehrere Jahre erstreckende städtebauliche und bauliche Veränderung. Aufgrund der differenzierten Problemsituation ist das Programm „Soziale Stadt“ gerade in diesen Gebieten gefordert. Zwingend notwendig ist der Aufbau einer gut funktionierenden Organisationsstruktur, die sowohl die Kom-

munalverwaltung und -politik als auch die Wohnungsunternehmen, die Vertreter gebietsansässiger Institutionen und Vereine und aktive Bewohner einbindet, um eine gemeinsame Politik und eine Politik der kurzen Wege zu erreichen.

Für den zweiten Gebietstyp, die innerstädtischen Quartiere, ist eine andere Betrachtungsweise erforderlich. Hier ist deutlich zu spüren, dass die seit 1991 wirkende Städtebauförderung und die Konzentration der Finanzmittel auf die Innenstädte sehr positive Entwicklungen bewirkt haben. Durch die Sanierung der Bausubstanz zu vermietbarem Wohnraum nach heutigen Ansprüchen konnte der Einwohnerrückgang gestoppt werden. Das Programm „Soziale Stadt“ in diesen Gebieten verfolgt das Ziel, die positive Entwicklung zu unterstützen und die weiterhin bestehenden Problemlagen abzubauen.

Die Entscheidung, diese Gebiete in das Förderprogramm „Soziale Stadt“ aufzunehmen, wird von dem Grundgedanken zur Stärkung der Innenstadt getragen. Städte beispielsweise der Größe Wismars verlangen nach einer konzentrierten Etablierung von Gemeinbedarfseinrichtungen in der Innenstadt. Die gesamtstädtische Entwicklung – und das lässt sich auf mehrere Städte in Mecklenburg-Vorpommern übertragen – würde es nicht vertragen, sämtliche in den zurückliegenden Jahren entstandenen Stadtgebiete mit gleicher Intensität und finanzieller Anstrengung zu erhalten.

Der Zwischenevaluationsbericht gibt zum Thema Gebietsauswahl folgende Handlungsempfehlungen:

- Die Stabilisierung der Plattenbaugebiete muss für die Zukunft ein wesentliches Ziel der Städtebauförderung bleiben. Das Programm „Soziale Stadt“ kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten. Eine weitere Förderung ist hier unbedingt notwendig und sollte weiterhin in enger räumlicher und zeitlicher Abstimmung mit den Integrierten Stadtentwicklungskonzepten erfolgen.
- Bei deutlichen Entwicklungsfortschritten der Stadtteile des innerstädtischen Gebietstyps sollte mittelfristig eine Entlassung aus dem Programm geprüft werden.
- Mit der Entlassung von Programmgebieten sollte die Aufnahme neuer Gebiete geprüft werden. Die Gesamtzahl der zu för-

dernden Gebiete sollte die derzeitige Anzahl nicht deutlich überschreiten, um eine Konzentration der Fördermittel zu gewährleisten.

- Die Arbeitsprinzipien der „Sozialen Stadt“ müssen in den kommunalen Kontexten (v.a. in den städtischen Verwaltungen) stärker systematisch genutzt werden, um auch in anderen Gebieten der jeweiligen Stadt, die nicht Programmgebiete sein können, mit ähnlichen Arbeitsstrukturen tätig zu werden.

Zu diesen Empfehlungen ist aus Sicht des Landes Folgendes anzumerken:

- Plattenbaugebiete

Das Land geht vollständig konform mit der Empfehlung, dass die Plattenbaugebiete weiterhin durch die Städtebauförderung unterstützt werden müssen. Um die Städtebauförderungsmittel zukunftsorientiert einzusetzen, wird gleichwohl seitens der Kommunen verstärkt zu prüfen sein, welche Gebiete oder Gebietsteile dauerhaft Bestand haben werden.

- Innerstädtische Quartiere

Der Empfehlung, eine mittelfristige Entlastung der innerstädtischen Quartiere zu erwägen, kann nicht vollständig gefolgt werden. Hier ist eine Einzelbetrachtung erforderlich. Für die Schweriner Feldstadt wird von der Kommune avisiert, dass die städtebaulichen Missstände weitestgehend behoben sind und ein Folgeantrag zur Aufnahme in das Allgemeine Städtebauförderungsprogramm für das Jahr 2005 nicht gestellt werden wird. Hinsichtlich der Notwendigkeit des Förderprogramms „Soziale Stadt“ wird jedoch zu prüfen sein, ob zumindest noch das Quartiersmanagement für eine Zeit gefördert wird. Die Situation in der Hansestadt Wismar beurteilt das Land jedoch so, dass die besonderen Instrumentarien, die das Förderprogramm „Soziale Stadt“ bietet, auch in den Folgejahren benötigt werden. Diese Beurteilung stützt sich auf die Aussagen des Integrierten Handlungskonzeptes und wird auch durch die Daten des im Aufbau befindlichen Monitoring-Systems belegt.

In diesem Zusammenhang sei darauf verwiesen, dass mit der Verkündung der Städtebauförderungsprogramme 2004 eine „Initiative Innenstadt“ gestartet wurde, da das Land der Stärkung der Innenstädte Priorität einräumt.

Hinsichtlich der Umsetzungsstrukturen kommt der Evaluationsbericht zu folgenden für alle Programmgebiete zutreffenden Aussagen:

- In allen Programmgebieten erfolgt die Koordination über Ressorts aus den Bereichen Planen oder Bauen.

- Bei der Programmumsetzung wird ein externer Treuhänder einbezogen.

- In sieben der acht Programmgebiete übernimmt das Quartiersmanagement zentrale Funktionen, v.a. für die lokale Verankerung und die Beteiligung der Bewohner. Das Quartiersmanagement ist ein Erfolgsfaktor des Programms und sollte weiter Förderpriorität genießen.

- In sieben der acht Programmgebiete ist ein Verfügungsfonds eingerichtet worden.

- Die Beteiligung und Aktivierung der Bewohner ist eine der wesentlichen Aufgaben und sollte noch stärker ausgebaut werden.

- Die Ziele greifen die Probleme und Potenziale auf, z.B. Greifswald–Fleischervorstadt als Kulturstadt.

- Organisationsstrukturen, die die maßgeblichen Ressorts der Verwaltung sowie Bewohner und Träger einbinden, sind unerlässlich.

- Der Aufbau sich selbsttragender Strukturen ist ein wichtiges Anliegen der Programms „Soziale Stadt“, um nachhaltige Wirkungen in den Stadtteilen zu erzielen. Schon heute sollten daher Konzepte entwickelt werden, welche Aufgaben die Gremien langfristig für die Stadtentwicklung übernehmen können. Die Gründung eines Stadtteilvereins, wie in Schwerin, Neu Zippendorf/Mueßer Holz wird hierbei als Ansatz für selbsttragende Strukturen gesehen.

- Das Monitoring ist in den meisten Gebieten im Aufbau begriffen. Hier wird auf ein kontinuierliches und systematisches Monitoring hingewiesen. Es sollte möglichst ein Basissatz einheitlicher Indikatoren in allen Programmgebieten erhoben werden, um hier stärker als bislang eine Vergleichbarkeit der Programmgebiete zu ermöglichen.

- Die Verknüpfung beispielsweise mit dem Programm LOS (Lokales Kapital für soziale Zwecke) ist sehr gut. Die Integration anderer Förderprogramme ist stärker auszubauen.

- Für das Handlungsfeld Lokale Ökonomie ist eine kritische Prüfung der Zielsysteme und realen Veränderungsmöglichkeiten vorzunehmen.
- Auf Landesebene sollte eine Informationsstelle eingerichtet werden, die über die Einbindung und Akquisition von Fördermitteln den Kommunen und Akteuren Auskunft gibt.

Zu den Feststellungen und Empfehlungen der Evaluation ist zu ergänzen:

Bei einem der Fördergebiete war bislang kein professionelles Quartiersmanagement tätig. Die Funktionen wurden teilweise durch ein Wohnungsunternehmen wahrgenommen. Nach aktuellen Gesprächen mit der Kommune ist die Stelle eines Quartiersmanagers ausgeschrieben. Die Erfahrungen der anderen Kommunen sowie die Hinweise aus der Evaluation finden somit Berücksichtigung.

Das Gebiet Schönwalde II der Hansestadt Greifswald wurde in diesem Jahr neu in das Förderprogramm aufgenommen und war somit noch nicht Gegenstand der Evaluation.

Besondere Potenziale, wie die Entwicklung der Greifswalder Fleischervorstadt zum „Kulturstadtteil“ sind sehr wertvoll bei der Herausarbeitung der Gebietsidentität und sollten beispielgebend auch für andere Stadtteile, unabhängig von der Förderung durch die „Soziale Stadt“ überlegt werden.

Hinsichtlich eines tragfähigen Monitorings ist das Land derzeit dabei, den Kommunen Hilfestellungen bei der Festlegung der Indikatoren für ein gesamtstädtisches Monitoring zu geben. Diese Indikatoren sollen so bestimmt werden, dass sie Aussagen sowohl für die „Soziale Stadt“ als auch für andere Förderprogramme, wie etwa Stadtumbau-Ost liefern und eine fundierte Basis für eine spätere Evaluation bilden.

Zur besseren Verknüpfung anderer Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten wird, wie oben erläutert, verstärkt mit der IMAG auf Projektebene zusammengearbeitet. Durch die Situation, dass Programme wegbrechen, die gerade zur Zielerreichung der „Sozialen Stadt“ Relevanz haben, wie z.B. das freiwillige soziale Trainingsjahr, gestaltet sich die Mittelbündelung für die Kommunen schwierig.

Veränderungen in dem Handlungsfeld Lokale Ökonomie durch das Programm „Soziale Stadt“ zu bewirken, ist ein hochgestecktes Ziel, für das eine realistische Überprüfung in jedem einzelnen Fördergebiet notwendig ist. Dabei ist zunächst zwischen Arbeitsmarktpolitik und Lokaler Ökonomie zu unterscheiden. Für eine Einflussnahme auf den Arbeitsmarkt wäre der Anspruch an das Programm zu hoch. Im Einzelnen dürfte jedoch bei der lokalen Ökonomie eine Steuerung möglich sein. Oftmals ist es schon ein Erfolg, wenn z.B. ein Laden in dem Gebiet verbleibt und nicht schließen muss. Es ist jedoch schwer messbar, durch welche Maßnahmen dieses erreicht wurde. Als ein Ziel in diesem Zusammenhang ist auch die Qualifizierung von Arbeitslosen zu sehen. In welchem Stadtgebiet der Arbeitsplatz dann liegt, in den der Arbeitslose später vermittelt wird, ist dabei nicht entscheidend.

Die Notwendigkeit, eine zentrale Informationsstelle über bestehende Förderprogramme im Land einzurichten, wird auch durch das Land gesehen. Es bestehen auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene eine Reihe von Förderprogrammen. Durch eine zentrale Informationsstelle würden die Zuwendungsempfänger die Möglichkeit erhalten, die Förderprogramme noch effektiver einsetzen zu können. Im Zuge der landesweiten Verwaltungsvereinfachung bestehen Überlegungen, eine zentrale Stelle einzurichten, die eine kompetente, umfassende Beratung über aktuell bestehende Förderprogramme geben soll. Unabhängig davon steht den Kommunen speziell für die „Soziale Stadt“ die Arbeitshilfe über die Förderprogramme zur Verfügung, die im Internet abrufbar ist und derzeit wieder aktualisiert wird.

Zur Fortschreibung der Integrierten Stadtentwicklungskonzepte, die durch das Land zwingend gefordert wird, wird im September dieses Jahres eine Veranstaltungsreihe des InfoNetzwerkes Stadtumbau „Stadtumbau in Mecklenburg-Vorpommern – Zwischenbilanz, aktuelle Probleme, Strategien“ gestartet, die den Kommunen intensive Hilfestellung gibt.

### 3 Fazit

---

Zusammenfassend bleibt festzustellen, dass sich das Förderprogramm „Soziale Stadt“ mit seinem neuen, integrierten Ansatz der Stadterneuerung bewährt hat. Die bisher realisierten Maßnahmen haben wesentlich zu einer Verbesserung des Angebots an Jugend- und Freizeiteinrichtungen, der nachbarschaftlichen Beziehungen, der Wohnzufriedenheit und des Images der Stadtteile sowie zur Aufwertung der öffentlichen Räume beigetragen. Die lokale Identität, die Verbundenheit der Bewohner mit dem Stadtteil und die sich daraus ergebenden Aktivitäten wurden positiv beeinflusst.

Die Projekte basieren auf Integrierten Handlungskonzepten, die in dieser mehrere Handlungsfelder umfassenden Form erstmalig aufgestellt wurden. Bei der Um-

setzung kommt dem Quartiersmanagement eine entscheidende Rolle zu. Es arbeitet unmittelbar vor Ort mit den Bürgern zusammen und bringt deren Bedürfnisse mit den Umsetzungsmöglichkeiten von Projekten in Einklang. Der Verfügungsfonds schafft dabei maßgebliche Voraussetzungen, um die Beteiligung und Aktivierung der Bürger anzustoßen.

Die vor Ort aufgebauten neuen Organisationsstrukturen sind modellhaft im bisherigen Stadtentwicklungsprozess und sollten auch in anderen Stadtteilen Anwendung finden.